

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohnenungspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungskosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftskosten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wimelhauser Straße 38—42. Telefon-Nr. 99 u. 63. Telegr.-Nr.: Altvorstadt Bochum.

### Ein schwarzer Tag.

**Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat** ist am 14. Oktober nach sehr langwierigen und durchaus nicht stets kollegialen Verhandlungen auf 5 Jahre verlängert worden. Das „Übergangssyndikat“ läuft am 31. März 1917 ab, von da ab gilt 5 Jahre der neu abgeschlossene Vertrag — wenn nichts dazwischen kommt. Den Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitg.“ erklärte „eine beteiligte Seite“:

„Alle bisher noch ausstehenden Beziehen, auch die kleinen Beziehen an der Ruhr und im Dortmunder Gebiet sind ausnahmslos dem Syndikat beigetreten, ebenso sämtliche unterrheinischen Beziehen, so daß es heute im rheinisch-westfälischen Bezirk außerhalb des Syndikats Kohlenbergwerke nicht mehr gibt! Damit haben die Bestrebungen des Syndikats einen vollen Erfolg erzielt.“

Die Syndikatsherren haben begründete Ursache, zu jubilieren. Vom Standpunkt der Wahrung der deutschen Volksinteressen betrachtet, ist der 14. Oktober 1916 ein schwarzer Tag.

Dieses Faktum wird nicht angenehmer dadurch, daß der Bundesrat durch seine Brüderungsverordnung vom 12. Juli 1915 die heftig gegeneinander strebenden Interessengruppen im Syndikat zusammengetrieben hat, und nun auch noch der preußische Bergwerksfiskus mit seinen Gruben im Bezirk Becklinghausen dem Syndikat beigetreten ist. Über die Schwäche und Einseitigkeit der Bundesratsverordnung haben wir uns derzeit ausgelassen. Natürlich behauptet die freiwillige und noch mehr die ausgeschaltete Syndikatspresse, daß Zustandekommen des gewaltigen Kohlenzechenkartells sei eine „nationalen Notwendigkeit“, sein Wirken sei „volkswirtschaftlich segensreich“, der Abschluß des Syndikatsvertrages auf der breitesten Grundlage sei eine „nationale Tat“. Wir haben von den nationalen Interessen und der Wahrung der Wohlfaßt des deutschen Volkes eine ganz andere Meinung. Wir erblicken in der Etablierung eines ungeheuer mächtigen privatkapitalistischen Kohlenmonopols eine außerordentlich schwere Gefahr für die nationalen Interessen unseres Volkes! „Das Kohlensyndikat“, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „ist das größte Privatmonopol, das wir haben, auch das wichtigste, weil es den aller wirtschaftlichen Arbeit unentbehrlichen Rohstoff, die Kohle, beherrscht!“

Eine solche ungeheure wirtschaftspolitische Macht darf kein staatlich organisiertes Gemeinwesen in die Hände einer privaten Interessengruppe legen, wenn es seine Zukunft nicht auf das äußerste gefährdet will. Tieftraurig genug, daß weite Volkskreise diese unerschütterliche Wahrheit noch nicht genug erkannt haben, sich einzulassen lassen von dem Beschwörungsgerede und -Geschreibsel der privatkapitalistischen Kunstaute. Auch daß innerhalb der an der Verlieferung und Ausbreitung der privatkapitalistischen Ausbeutung unserer nationalen Bodenschäfe unmittelbar interessierte Personenkreise die Überzeugung lebt, auf ihre Weise den Gemeinschaftsinteressen am besten zu dienen, darf uns, weil persönliche Sympathien oder Antipathien in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes ganz belanglos sind, nicht abhalten, aufrichtig zu klageln, daß, während unsere Soldaten mit unvergleichlicher Hingabe für ein freies Deutschland kämpfen, bei uns im Lande selbst ein mächtiger Grundstein für den Aufbau einer Blutokratenherrschaft gelegt worden ist. Die Gegenseite sollte es sich ersparen, diese Tatsache zu leugnen oder zu beschönigen.

Weit über die Hälfte der voraussichtlichen Steinkohlenförderung Deutschlands nach dem Kriege ist jetzt unter die Herrschaft eines Beziehenkartells gestellt, in dem etwa ein Dutzend privater Großunternehmer den Ausschlag geben. In Nordamerika, dem Lande, vor dessen „Trusts“ die deutsche Deffentlichkeit so grauslich gemacht wird, werden solche monopolistischen Werkbesitzer- und Händlerverbände wie unsere Syndikate strafrechtlich verfolgt. Bei uns drängt eine mit dieser Sachlage vertraute Regierung sogar die Privatunternehmer zu Syndikaten zusammen und vervollständigt die Syndikatsmacht noch obendrein durch Angliederung der Staatsbetriebe. Nachdem die „Frankfurter Zeitung“ die Situation des Bergwerksfiskus beleuchtet hat, urteilt sie: „Deshalb sind auch die Sonderbedingungen, die sich der Staat jetzt wie früher (besonderes Ausstrahlungsrecht, Einspruch gegen Preisveränderungen, eventuell außerordentlicher Selbstverbrauch) vorbehält, nach allen bisherigen Erfahrungen wertlos!“ Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß der preußische Fiskus im Kalishindikat ein wichtiges Einspruchsrecht gegen unangemessene Preiserhöhungen besaß, trotzdem aber die Syndikatspolitik die tolle Übergröße in der Kalihüttenindustrie bewirkte, um begreiflich zu machen, wie wenig den Privatunternehmer im Syndikat die „Sonderrichts des Fiskus“ genieren werden. Der Staat wird im Gegenfall als Syndikatsmitglied der Sündenkasse für eine privatkapitalistische Dividendenpolitik sein, deren entscheidende Beeinflussung er haben konnte.

Dann hat der „Staat“ das „Sonderrecht“ erhalten, alle ihm noch nicht gehörigen Hibernia-Aktien zu einem Kurs „von im ganzen 270 Prozent“ zu übernehmen! („Handelsblatt des Berliner Tageblatt“, Nr. 531.) Dieser „Einstandspreis“ geht noch bedeutend über den 1904/05 für etwa zwei Fünftel der Hibernia-Aktien vom preußischen Fiskus gezahlten Preis hinaus!!! Selbst Unternehmerfreunde haben damals erklärt, der Fiskus habe „viel zu teuer“ gekauft. Jetzt will er trotzdem noch mehr zahlen. Eine schier unglaublich Klingende Nachricht — aber der Landtag wird ja genau erfahren müssen, was den vielmillionenreichen Hibernia-Aktionären aus den Mitteln der preußischen Steuerzahler noch zu den bisherigen Betriebsgewinnen gegeben werden

soll. Reich, Staat und Gemeinden befinden sich in beispiellosen Geldnoten, kein Mensch weiß, woher die Milliarden genommen werden sollen zur Deckung des späteren riesengroßen öffentlichen Finanzbedarfs — und den überreichen Hibernia-Aktionären sollen abermals viele Millionen Mark für die „Abteilung der Gerechtsame“ gegeben werden!!!

Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ (Berlin) schrieb 1900 bei einer kritischen Betrachtung der privatkapitalistischen Kohlenkartelle und der Monopolentwicklung im Bergbau: „Die Kohle darf nicht dem Privatkapital zu Spekulationszwecken überantwortet werden! Unser Endziel ist deshalb: „Die Staatsförderung aller Kohlenzechen! Nur auf diese Weise bewahren wir unser Land vor den schlimmsten Schädigung, das Gewerbe vor Katastrophen, die Arbeiter vor dem Elend!!!“

Eine lange Reihe gleicher oder ähnlicher Urteile aus konservativen, zentrumalistischen, natürlich viele aus der sozialistischen, aber auch mehrere aus der liberalen Parteipresse, reichend bis in die jüngste Zeit hinein, können wir anführen. Alle diese Organe warnten eindringlich vor der Verstärkung der privatkapitalistischen Syndikate und empfahlen die völlige Bergbauverstaatlichung oder doch wenigstens eine große Erweiterung und selbständige Wirtschaft der Staatsbetriebe. Ein Leichtes ist es auch, eine Reihe von Ereignissen zu zitieren, die alle zu dem jetzigen Verhalten des Bergwerksfiskus wie die Faust aufs Auge passen. Will das alles nicht mehr, nicht mehr angesichts gerade der jüngsten Erfahrungen mit der privatkapitalistischen Machtlosigkeit gegenüber der nun auch noch von außen schwerbedrohten deutschen Volksgemeinschaft? Hat uns die wütige Preistreiberei auf dem Warenmarkt, der offene und heimliche Widerstand der agrarischen Warenbesitzer gegen gemeinnützige sozialistische Verordnungen nicht das tiefste Wesen des sozialen Kapitalismus enttarnt? Behördliche Verordnungen und unzählige offizielle Ernennungen, die Kritik besorgter Volkswirte, kirchliche Erkläre und Kanzelreden, alles hat nicht dahin geführt, daß die frasse Selbstdurst sich vor der Not der Gemeinschaft beugt. Und nun wird der starke Gott dieses Selbststurzliedes, Capitalismus, noch mit Regierungshilfe, aufgerichtet in Gestalt eines Kohlensyndikats, das monopolistisch den weitaußen bedeutendsten Teil der deutschen Brennstoff-Förderung beherrscht! Das ist eine furchtbare Tatsache.

Wenn nicht die Gesetzgebung so rasch und gründlich wie möglich die nationalen Bodenschäfe für die Gemeinwirtschaft sichert, dann werden die kommenden Generationen völlig einem allmächtigen Kapitalismus ausgeliefert!

Wessen die Bergarbeiter sich von einer so verstärkten Syndikatsmacht zu verleben haben, das wissen sie aus der Vergangenheit, das empfinden sie in der Gegenwart. Den Starlen wird geholfen. Die Regierung hat wohl für die Festigung und Erweiterung der Macht der Syndikatsorganisation gesorgt, aber nicht ein Bassus in irgend einem Syndikatsvertrag spricht von einem Mitbestimmungsrecht oder auch nur von einer Berücksichtigung der Arbeiterbedürfnisse! Man bleibe uns gefällig vom Leibe mit dem Einwand, „solche Fragen“ gehörten „nicht zur Kompetenz der Syndikate“. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Der Wille zur sozialen Verständigung mit den Arbeitergewerkschaften fehlt. Der Wille zur Unterwerfung der Arbeiter aber ist da! Wir haben das unlängst an dieser Stelle wieder aus dem Bericht des Kartells der Braunkohlenherren dokumentarisch nachgewiesen. Und die unentwegt scharfmacherische „Arbeitgeber-Zeitung“ jubelt über die Erklärung der Herren, daß hier einmal ohne Sentimentalität wieder das frastolle Wort von dem Herrn-im-Hause-Standpunkt zur Parole erhoben worden ist! Zutreffend, „ohne Sentimentalität“ wird mit den Arbeitern umgesprungen, werden an die Aufsichtsbehörde Anträge gestellt, deren Genehmigung eine unabsehbar gefährliche Situation schaffen würde. „Ohne Sentimentalität“, nur „Ertragswirtschaft“, das ist die „Parole“, und trotzdem mutet uns irgend jemand noch zu, „auch vom Arbeiterstandpunkt aus das Zustandekommen des Syndikats freudig zu begrüßen“. Das wäre so, als wenn Deutschland „freudig begrüßen“ könnte, wenn sich die Macht seiner kriegsrasenden Feinde noch erhöhte. Man müte doch den denkenden Arbeitern keinen moralischen Selbstmord zu!

Nein, die Verhöllständigung der privatkapitalistischen Syndikatsgewalt ist ein Flammenzeichen für die Arbeiter, die weiter denken als ihre Nase reicht. Die Auslassung des Braunkohlenherren-Kartells und der „Arbeitgeber-Zeitung“, der von der „Industrie“ angekündigte Abbau der Löhne sind weitere Flammenzeichen für die Arbeiter. Nach dem Kriege kommt die innerpolitische Entscheidung. Seien die Arbeiter dem Syndikat der Unternehmer jetzt kein machtvolleres Syndikat der Arbeiter entgegen, dann wird für die Bergarbeiter besonders der 14. Oktober 1916 ein Unglücksstag ersten Ranges gewesen sein.

### An die falsche Adresse gerichtet!

„Ein Mahnruf zur inneren Einigkeit“, überschreibt sich ein Aufruf im wirtschaftsfriedlichen „Werksverein“ (Nr. 41 vom 7. Oktober 1916), worin es u. a. heißt:

„Es gilt, die Beziehungen zwischen der deutschen Unternehmenschaft und ihren Arbeitern, Geleuten und sonstigen Angestellten auf denjenigen Standpunkt zu bringen, der im Interesse der nationalen Wirtschaft, der sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung als der einzige wünschenswerte gelten kann, auf den Standpunkt möglichster Solidarität!... National soll dieser Zusammenschluß sein; nichts kann er gemein haben mit den Bestrebungen einer internationalen Verbündung, bei welcher — deutlich hat es die Erziehung gelernt — der deutsche Arbeiter alle Lonen und Nesten trug, während seine falschen und internationalen Freunde den Rücken hatten, und als die sparsame Internationale ihre Feuerprobe bestehen sollte, hohnlachend auf den deutschen Michel herabblickten... Es muß überall klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden, auch von denen, welche zwar dem Gebot der Stunde willig gehorchen, ihr Wissen und ihre Kraft in den Dienst ihrer Nation gestellt, aber für die Zukunft bei einmal wiederhergestelltem Frieden auf den Gedanken einer neuen Annäherung der Krieg den Krieg getrennten Arbeiterschaft Europas noch nicht verzichtet haben.“

Dieser Aufruf ist auch an die deutsche Arbeiter und sowohl nach dem „Werksverein“ selbst als an die falsche Adresse gerichtet, der in Nr. 33 vom 12. August 1916 u. a. schrieb:

„Der Krieg, den wir gegenwärtig führen, ist militärisch entschieden; er wird fortgesetzt ausgesprochenenmaßen, und von unseren Gegnern gewolltermäßen als Wirtschaftskrieg. Dieser Wirtschaftskrieg soll die deutsche Industrie vom Weltmarkt so gut wie irgend möglich verbrengen. Der Krieg richtet sich aber nicht gegen das deutsche Kapital; dieses arbeitet in England und seinen Kolonien ebenso wie englisches Kapital in Deutschland. Der Kampf geht auch nicht gegen den deutschen Ingenieur und Kaufmännischen Angestellten; die sind auch von Engländern angezogen, gut bezahlt und für sich nutzbar gemacht worden. Der Kampf geht gegen etwas, was man nicht in England hören kann: Gegen die deutsche Arbeit, und damit gegen den deutschen Arbeiter.“

Klipp und klar sagt hier der „Werksverein“: Das deutsche Kapital ist international, es „arbeitet“ in und für England, die deutschen Ingenieure und Kaufmännischen Angestellten sind von Engländern angeworben, gut bezahlt und für sich nutzbar gemacht worden. Nur die deutsche Arbeiterschaft ist national! Wie ist nun der vorstehende Aufruf mit diesen Ausschöpfungen in Einklang zu bringen?

Das Kapital ist in der Tat international und hat z. B. in unseren großen Industrievierteln die Völker aller Nationen zusammengebracht, um sie seinen Zwecken dienlich zu machen. Sind doch im rheinisch-westfälischen Industrieviertel etwa 25 Sprachen vertreten. Nach dem Bericht des Allg. Knapp'schen Vereins zu Bochum waren im Jahre 1913 allein im Ruhrbergbau 84121 Ausländer beschäftigt und zwar 28548 österreichisch-ungarische Staatsangehörige, 5541 Holländer, 3123 Italiener, 1227 Russen, 241 Belgier und 338 sonstige Ausländer.

In welchem Umfang ausländisches Kapital an deutschen Unternehmungen beteiligt ist, ergibt sich schon aus dem Adressenverzeichnis im „Jahrbuch für den Oberbergamtbezirk Dortmund 1912/13“, wonach allein in der westfälischen Montanindustrie sowie in den für diese vornehmlich in Betracht kommenden Banken folgende Herren als Aufsichtsräte, Verwaltungsausschuhitzsieder und dergleichen fungieren:

L. Adriensen, Antwerpen; Baron Albrecht Aucion, Lüttich; Maurice Anspach, Brüssel; Charles Baeter, Brüssel; Josef Berger, Gerappe (Belgien); Dr. G. van Denning, Utrecht; G. van Denning, Utrecht; G. A. Vischhoff, Brüssel; Ed. Bitter, London; G. Bonnardel, Paris; P. Le Botte, Lauburg; Louis Bröll, Rotterdam; Dr. E. Brettauer, Wien; A. Buescher, Antwerpen; Jean Buffet, Nanç; Jules Carlier, Mons; Chr. de Cathez, Paris; Henri Chambon, Lüttich; Counte Alc. du Chastel, Brüssel; Aug. Collignon, Paris; G. Delloche-Orban, Brüssel; Karl Dietrich, Brüssel; H. Dufer, Brüssel; H. Endemann, Luzern; Ch. Fabri, Huy; J. H. Bentener v. Bissingen, Utrecht; M. Feiltschens, Wien; G. Fischer, Antwerpen; Jakob Göh, Düsseldorf; M. Flemming, London; A. L. Gutschow, London; A. F. Gutschow, Utrecht; L. G. Guttner, Brüssel; G. Haas, Konstantiopol; J. van Haag, Utrecht; Etienne Hely d'Alfes, Paris; Flor. Herkert, Antwerpen; Josef Heuser, Utrecht; Dr. Walter Hüb, Croydon (England); Paul von Hoegh-Grenier-Baconier, Lüttich; Hoffmann-Varsche, Basel; Frederic Maria Josef Jakob, Antwerpen; F. Josas, London; E. Karbe, London; G. Kauz, Brüssel; J. Kester, Paris; M. Kitter von Kerpel, Wien; L. Ernst Kettel, Antwerpen; Baron von Korff, Kreuzburg (Niedland); Michael Kühlmann, London; Adolf Kalouz, Lüttich; L. Lambert, Brüssel; G. de Laveleye, Brüssel; Alb. Leconte, Brüssel; Leon de Phoueu, Namur; Otto Lürmann, Antwerpen; G. Mach, London; Maurice Magery, Namur; Ed. Meureur, Brüssel; Alb. de Montplancq, Paris; Joh. de Montplancq, Antwerpen; Franz Müller, Antwerpen; Leon Nauevelarts, Antwerpen; Alfred Reef-Orban, Brüssel; Herm. Ophoven, Lüttich; W. Pannenborg, London; G. le Pâne, Translaat (Belgien); Heinrich Reiber, Brüssel; G. Schaeffer, Lüttich; M. Nappi, London; Henri Segni-Dour, Lüttich; Leopold Michard, Luxemburg; Joseph Michard, Luxemburg; D. Rose, London; A. Salinger, London; Adolph Seibel, Esch a. d. Alzette (Luxemburg); Fritz Schaeffer, Düsseldorf; Emilie Servais, Luxemburg; Ernest Servais, Montignies; G. Thys, Antwerpen; Baron G. Thyssen-Bornemisza, Rohonc (Ungarn); Antoine Vanderborght, Grandgille; Alb. de Vaer, Esch; Theo Ulrichs, Antwerpen; G. Wahrendorf, London; Gustav Weil, Brüssel; Samuel Wiener, Brüssel; G. A. Williams, London; F. Winselmann, London; Paul Wirth, Luxemburg; J. Wirth-Weiler, Luxemburg.

Der Lothringer Hüttenverein Numich-Friede (Société anonyme des Hauts Fourneaux Lorrains Amnéz-La Paix, Société Anonyme) in Brüssel, rue ducale 41, dem auch die Beziehen General in Weimar, Viktor und Zdeněk in Raunzel gehören, gibt im deutschen „Reichsanzeiger“ (Nr. 244 vom 16. Oktober 1916) bekannt, daß seine 19. Generalversammlung am 25. Oktober 1916 in den Räumen der Banque Internationale de Bruxelles, 27

Ausgabe des Arts in Brüssel stattfindet. In der Bekanntmachung heißt es dann u. a. weiter:

"Zur Teilnahme an dieser Generalversammlung sind gemäß Art. 80 der Satzungen nur diesenen Aktiönen berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 20. Oktober 1916 beim Sitz der Gesellschaft in Brüssel, Rue Ducale 41, oder bei einer der folgenden Bankfirmen hinterlegt haben:

1. bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln,
2. bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Frankfurt a. M. und Antwerpen,
3. bei der Deutschen Bank in Berlin, Frankfurt a. M. und Brüssel,
4. bei der Nationalbank für Deutschland in Berlin,
5. bei der Firma Delchmann & Co. in Köln,
6. bei der Firma A. Levy in Köln,
7. bei der Firma J. H. Stein in Köln,
8. bei der Deutschen Essele- u. Wechselbank in Frankfurt a. M.,
9. bei der Dresdner Bank in Berlin und Frankfurt a. M.,
10. bei der Pfälzischen Bank in Frankfurt a. M.,
11. bei der Norddeutschen Bank in Hamburg,
12. bei der Firma Joh. Ohligschlaeger G. m. b. H. in Wachen,
13. bei der Firma C. F. Grohé-Henrich & Co. in Saarbrücken,
14. bei der Firma Steverhorst & Co. in Trier,
15. bei der Internationalen Bank in Luxemburg,
16. bei dem Crédit Anversois in Brüssel und Antwerpen,
17. bei der Banque Internationale de Bruxelles in Brüssel,
18. bei dem Crédit Général de Belgique in Brüssel,
19. bei dem Crédit Général Liégeois in Brüssel und Lüttich,
20. bei der Banque Générale Belge in Antwerpen und Namur,
21. bei der Banque de Flandre in Gent, sowie
22. bei der Firma Fabri, de Louweng & Co. in Gent."

Den Aufruf im "Werkverein" hat u. a. auch der Direktor des Mülheimer Bergwerksvereins, Bergassessor a. D. Stens-Mülheim a. d. Ruhr unterschrieben. Wir trauten unseren Augen kaum, als wir diesen Namen lasen, bilden doch den Aussichtsrat des Mülheimer Bergwerksvereins die Herren Hugo Stinnes, Aug. Thysse und Geh. Oberfinanzrat Waldemar Müller, Direktor der Dresdner Bank in Berlin. Was werden diese drei Herren sagen, wenn ihnen entgegengehalten wird: "Es muss überall klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden"?

Herr Bergassessor Stens scheint von den internationalen Neigungen und Verbindungen seiner Arbeitgeber nichts zu wissen und darum gestatten wir uns, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die Dresdner Bank an ausländischen und sogar überseeischen Unternehmungen beteiligt ist und zu ihrem Aussichtsrat die Herren F. W. Lunau, London; Marchese di Montagliari, Signa (Kreis Florenz); Bankier Albert von Speir-Voelger, Basel; Bankier J. Allard, Brüssel gehören. Der Direktor der Dresdner Bank, Geh. Oberfinanzrat Waldemar Müller, sitzt mit Herrn Hugo Stinnes zusammen im Aussichtsrat der Deutsch-Büxenburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. neben den Herren Generaldirektor a. D. und Ingenieur Henri Chaudron, Lüttich; Industrieller Paul van Hoegheden-Vraconier, Lüttich; Administrateur de la Banque Liegeoise A. Palour, Lüttich; Präsident der Banque de Bruxelles G. de Laveleye, Brüssel; Ingenieur Aym. Ophoven, Lüttich; Vorsitzender der Direktion der Internationalen Bank in Luxemburg Jos. Richard, Luxemburg; Ingenieur Emile Servais, Luxemburg; Bansdirektor Viktor Weil, Brüssel; Advokat und Senator Cam. Wiener, Brüssel; Ingenieur Paul Wirth, Luxemburg.

Herr Hugo Stinnes sitzt außerdem im Aussichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. neben den Herren Baron Alf. Anelon, Lüttich; Hüttendirektor a. D. Maurice Magery, Namur; Ingenieur J. Henri Degnier-Dury, Lüttich; Rentner Leopold Richard, Wilh. in Luxemburg. Im Verwaltungsrat der Nünninger und St. Ingbertser Hochöfen-A.-G. (Société anonyme des Hauts Fourneaux et Acieries de Nummelange St. Ingbert) sitzt Herr Hugo Stinnes neben dem Herrn George de Laveleye, Präsident de la Banque de Bruxelles in Brüssel. Er ist beteiligt an ausländischen Unternehmungen, die von ihm geleitete Deutsch-Luxemburgische A.-G. hat Beteiligungsweise im Vereinigten im

französischen Departement Meurthe-et-Moselle Fuß gefaßt. Ihre Differenzierter Abteilung ist Eigentümerin der Erzgrube von Monlers, die Abteilung Almelingen-St. Ingbert ist mit einem Drittel an den Gruben von Serrouville beteiligt.

Herr August Thysse ist ebenfalls an ausländischen Unternehmungen beteiligt. So ist er Besitzer der beiden Erzkonzerne Bouillans und Barilly. An den Gruben der Minen de Bouillans ist Thysse durch Cambre et Moselle beteiligt, außerdem an Erzgruben in Westfrankreich. Im Verwaltungsrat der Société Métallurgique de Cambre & Moselle (Hüttenverein Sambre und Mosel) sitzt Thysse zusammen mit den Herren L. Lambot, Charleroi; G. Delloche-Orban, Brüssel; Bankdirektor G. Dusser, Brüssel; Karl Dietrich, Brüssel; Ch. Fabri, Gent in Belgien; Advokat Th. Högner, Brüssel. Dem Aussichtsrat von Sambre und Mosel gehören u. a. an die Herren Albert Decointe, Brüssel; Direktor Ed. Mesureire, Brüssel; Morris Virost-Damarche, Lüttich; Bergwerksdirektor P. Le Borne, Verviers.

Die Herren Waldemar Müller, Hugo Stinnes und August Thysse haben danach ein erhebliches Stück Arbeit zu leisten, wenn "überall klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden muß" und die wirkungsvolle Unterstützung des Herrn Bergassessor Stens wird dabei sicher nötig und willkommen sein.

Aber damit ist die Arbeit noch längst nicht getan. Deutsche Kapitalisten arbeiten in Friedenszeiten mit französischen, belgischen, englischen, amerikanischen Kapitalisten zusammen. Deutsche Kapitalistikkonsortien sind an Unternehmungen in Belgien, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Österreich, Russland, den skandinavischen Staaten, Italien, Holland, in der Schweiz, der Türkei, Amerika usw. beteiligt, machen mit belgischen, französischen, englischen, amerikanischen usw. Finanzleuten umfangreiche Geschäfte, gehören mit ihnen internationalen Verbündungen an. Eine Herkulesarbeit ist da noch für den "Werkverein" und die Unterzeichner des Aufrufs zu leisten, wenn "überall klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden muß".

Wir wären dem "Werkverein" und den Unterzeichnern des Aufrufs sehr verbunden, wenn sie uns mitteilen, wann und wie sie das schwierige Werk in Angriff nehmen und vollenden wollen. Nach alledem werden sie wohl auch einschauen, daß sie sich mit ihrem Aufruf nicht an die deutschen Arbeiter, sondern zunächst an andere Adressen richten müssen.

Das gilt auch bezüglich dem "Standpunkt möglichster Solidarität". Herr Generaldirektor Kleinendorf, Schloss Waldenburg i. Schl., Bergwerksdirektor Ludwig, Eisleben, Generaldirektor Neusch, Oberhausen, Bergwerksdirektor Stens-Mülheim und andere Unterzeichner des Aufrufs werden befinden können, daß den Arbeitern und Angestellten in der Schwerindustrie bisher jedes Mitbestimmungsrecht verliehen wurde. Wie berufen sich diese Herren daher eigentlich "den Standpunkt möglichster Solidarität"? Warum haben sie sich auch da an die falsche Adresse gewandt, obwohl ihnen die richtige nicht unbekannt sein konnte?

## Böllswirtschaftliche Rundschau.

### Häufigste Kleinhändelspreise

im Durchschnitt von ganz Preußen für 1 Kilogramm in Pfennigen.

Nahrungsmittel	August 1914	August 1915	August 1916	Preissteigerung 1915-16
Eiskartoffeln . . . . .	11,0	14,6	17,6	6,3
Eßbutter . . . . .	278,7	309,7	523,0	244,3
Welse Eibsen . . . . .	54,1	123,8	85,4	41,2
Weißbrot . . . . .	60,3	80,0	65,0	5,6
Magenbrot . . . . .	82,5	40,7	28,6	6,1
Kaffee, gebrannt . . . . .	314,4	338,7	630,1	515,7
Zucker, harter . . . . .	54,4	61,6	66,4	12,0
Speisesalz . . . . .	28,4	28,1	28,7	0,3
Käsestück . . . . .	92,8	142,8	362,4	299,6
Buttermilch (1 Liter) . . . . .	21,1	25,1	30,2	9,1
Gürnarei (1 Stück) . . . . .	9,3	14,5	20,2	19,9

So fahren wir noch einen Tag. Am Abend beginnt es schmoll und drückend zu werden; hinter blutroten Dunstschleieren geht die Sonne zögernd unter. Dreckend aussehende Luft und heftiges Wetterleuchten, dazu rasch wachsende feuchte Schwüle in der Atmosphäre verhindern die Höhe des Gottesromes. In der Nacht fallen mahllos bestige Gewitter ein, mit einem von allen Seiten umspringenden Wind und wild durcheinander laufenden See, die das Steuern merklich erschwert.

Blitze ergeben ein Zunehmen der Wassertemperatur, die tatsächlich bis auf 28 Grad Celsius steigt. Wir sind im Golfstrom, der seinen Umkreis in der Luft über sich durch einen feurigen Strang von sichtbaren Tropenfeuerlinien bezeichnet. Starke Meeresleuchten und starke atmosphärische Störungen sind weitere Begleitererscheinungen des Stromes. Wir merken das an unserem F.-A.-Apparat, der durch die Spannungen der elektrisch überladenen Luft irritiert und zu streifen beginnt. Bis jetzt hat er uns jeden Tag die Heeresberichte der Stationen Nauen getreulich übermittelt. Das Meeresleuchten behindert den Auszug sehr stark; man ist manchmal geradzu geblendet, die Augen werden gereizt und der Blick unsicher gemacht durch das ständige Funken der Meeresoberfläche in der tiefsschwarzen Nacht. Das ist nun sehr unangenehm, denn wir kommen jetzt in eine Gegend, wo sich viele Dampfertraße schneiden und doppelte Vorsicht am Platze ist.

Dezu wird das Weiter fahren höchstig großer Seegang kommt auf, schwerer Hagelböen prasseln auf Deck und in die schwammigen aufgepeitschten Wogen, es weht Windstärke 11-12. In der Munde über dem tosenden Meer hängen schwärzliche Wollenballen, aus denen es unaufhörlich fühlbar aufprallt; ganze Breiteteilen von Wogen. Denn röhrt die Luft draußen plötzlich in tiefsschwarze Nacht zurück, während auf Augenhöhe das Boot und das umgebende Wasser in grünlichem Licht aufflammen, in allen Einzelheiten sichtbar...

Die ganze Atmosphäre ist in einem brüllenden Aufzehr, es rollt über uns mit einem einzigen, ununterbrochenen Donnerkrachen, wir kommen in das Zentrum. Ein Hegenreiter von Weltgewittern tost um das Boot, es ist wie das Ende aller Dinge...

Plötzlich tauchen hinter uns die Topplaternen eines großen Dampfers auf. Wir können ihm in der dunklen Nacht ungesehen aus dem Wege gehen. In einiger Entfernung zieht er wie eine leuchtende Feuerleihe vorüber; es ist ein Feuerjagd dampfer, der seinem Kurs nach zu schließen, aus dem Mittelmaree kommt. Ich muß gestehen, wie blitzen seinen Lichterreihe doch mit einer kleinen Regen von Feuer nach, bis ihn Regen und Dunkelheit wieder verschlucken.

Am nächsten Tag erreichte das Unterkörper seinen Höhengipfel. Menschen segten daher, die Luft war von ständigen Glückschlägen erfüllt. Das Wasser zieht nicht mehr in Fäden nieder, es sind ganze Kaschaden, es sind Wände von Wasser, die vor uns herunterfallen und gegenwärtig schwerhaft auf Gesicht und Hände prasseln. Der Regen ist so dicht, daß man nicht mehr gegen ihn sehen kann. Um nur ein wenig Raum zu gewinnen, muß man eine kleine Glasscheibe vor die Augen halten, mit dem Ergebnis, daß ein kleiner Sturzbach von der Scheibe in den Armel geworfen wird.

Das Boot arbeitet außerordentlich schwer in der tobenden See. Die Wogen werfen es hin und her, daß es in allen Verbänden traut. Menschen holt es so über, daß man sich mit den freien Händen kaum noch an der Brüstung der "Badewanne" halten kann. Es ist ein Inferno.

Aber es ist nichts gegen die Hölle dort unten im Boot.

sonder in der Maschine. Bei der wilden See müssen natürlich alle Lüften geschlossen sein; auch das Turmkof kann nur zeitweise offen-

### Eine Nase der Kartoffelnot

wird von dem Direktorium (Dr. Heim und Ugo Schiltzbauder) der bayerischen Landwirtschaftlichen Centralgenossenschaft so oft aufgedeckt, daß dem Urteil dieses landwirtschaftlichen Sachverständigen keine Schönfärberei etwas anhaben kann. "Dauern, geht die Kartoffeln zu gesetzlichem Höchstpreise" her, überbreite Aussichtsrichtung dazu ist die Tatsache, daß den beiden Herren "aus verschiedenen Zeiten" gehören, insbesondere aus dem Frankenlande", klagen zu lassen, wonach "die Bauern ihre Kartoffeln nicht unter 6 bis 7 Mt. abgeben wollen". Der Höchstpreis beträgt 4 Mt. Der Aufruf erinnert die Bauern zunächst an die schweren Strafen, die auf der Überschreitung des Höchstpreises liegen (Gefängnis bis zu einem Jahre oder 10.000 Mt. Geldstrafe). Gegenüber der "spekulativen Zurückhaltung" wird gesagt, daß die erwartete eine Mark Mehrerlös reichlich durch den Schwund verzeichnet werde. Der Mehrerlös wird die Härtepflicht der Frontkämpfer wird die Härtepflicht der Bauern gegenüberstellen. "Wer wieder treibt, vergiebt sich am Waterlande. Feder fragt sich, ob auf solchen Gelde Gottes Segen ruhen kann?" Dann heißt es weiter:

"Bedient, welche Erbitterung bei der städtischen Bevölkerung auch nur durch Einzelfälle gegen den gesamten Bauernstand hervorgerufen wird! Bedient, wie die Erbitterung nach dem Kriege eine geschlossene Kämpfline aller Wegner der Landwirtschaft herstellen wird! Bedient, was bei der Neuordnung unserer Wirtschaftsverhältnisse und unserer Handelsverträge nach dem Kriege für die Bauern herauskommen wird! Wenn eine landwirtschaftsfreundliche Mehrheit im Reichstage vorhanden ist, dann ist es vorbei mit jeglichem Schuhholz. Bedient, daß zur Erhaltung dieser Grundbedingung für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft auch die Stimmen von städtischen Vertretern im Reichstag nötig sind! Bedient, daß die Bauern auf die anderen Länder angewiesen sind, da sie doch nur mehr ein Viertel der Bevölkerung des Deutschen Reiches ausmachen. Wir richten unter diesen Umständen an die gesamte Bauernschaft Bayerns den dringenden Appell, möglichst viel Kartoffeln abzuliefern, und zu dem gesetzlichen Höchstpreise."

### Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

#### Erpressung?

Wir lesen in der Magdeburger sozialdemokratischen "Volkstimme": Von dem Magdeburger Landgericht wurde letztlich ein Urteil gefällt, das hoffentlich keine Wiederholung findet. Die gewerbliche Tätigkeit würde sonst in ganz unerträglicher Weise eingeschränkt. Bei jeder Förderung auf Verbesserung von Arbeitsbedingungen müßten, wenn die Aussöhnung der Richter des Landgerichts grundlegend wäre, die Wirtschaft in der Furcht sein, sich strafbar zu machen.

Die Richter Alexander Kermes und Karl Frede wurden vom Sachsengericht am 16. Juni v. J. wegen gemeinschaftlicher Erpressung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Sie waren im Cafe "Weisser Schwan" beschäftigt und sollen am 13. Februar die Wette Mantel durch die Drohung, sofort die Arbeit niedrzulegen, genötigt haben, ein Kreisschild zu unterschreiben, in dem sie ihren günstigeren Vertragbedingungen, insbesondere 2 Prozent vom Gesamtumsatz und 14-tägige Kündigung, bewilligte. Sie gaben sich in großer Verdrängung befunden zu haben, da das Kreis von Gästen überfüllt war.

In der Berufsschreibung geistete der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sommerfeld, den Ruf der Wette, Kermes nur anzustellen, wenn sie ohne jede Vergütung und nur gegen Trinkgelder erarbeitet und davon sogar noch Geld abgeben müssen. Das sei sittenwidrig. Die Richter seien hereingetreten, die Arbeit einzustellen, da die Wette, die Kreis für Kreis wirtschaftlich erschöpft habe und den Kermes dadurch die Hoffnung auf Trinkgelder genommen war.

Die Richter verwirrte die von dem Angeklagten direkt eingestiegte Verurteilung. Die Berufsschreibung gegen Kermes, der zum Heer einberufen ist, wurde bestätigt.

Kann nicht jeder Arbeitgeber sagen, er sei in großer Verdrängung geweisen, als ihm Forderungen gestellt wurden, und habe sich "nötigt" gesehen, die Forderungen anzunehmen? In welchen Konsequenzen soll das führen? Im Geschäftssinn wird es als ganz selbstverständlich angesehen, daß ein Kaufmann seine günstige Vertragsschreibung zu erreichen sucht, wenn sie die Ware gebraucht wird, nicht, wenn sein Ladearbeiter das gleiche Recht angestrichen. Aber er kann nur bessere Vertragsschreibungen für seine Ware erlangen, wenn die Arbeitgeber die Arbeitsschafft haben mögen, dann ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreichbar, sonst das nur schwer. Aber dann kann sich der Arbeitgeber "gezwungen" fühlen.

Auch wir fragen: Zu welchen Konsequenzen soll dieses Urteil führen? Wenn diesem Urteil müßten z. B. alle diejenigen, die die Kriegslage ausnutzen, um höhere Preise zu erzielen, wegen Erpressung bestraft werden? Warum wurde da nicht auch die Wette wegen Erpressung bestraft, weil sie die Preise erhöhte? Das Urteil hebt das Streitrecht der Arbeiter faktisch auf.

Man kann sich gar keinen Begriff machen von der Atmosphäre die so allmählich entsteht; von der Höhenspannung, die in den Booten breitet. Wir hatten im Golfstrom eine Außentemperatur von 28 Grad Celsius. So warm war schon das uns umgebende Wasser. Frische Luft kommt nicht mehr herein, und im Maschinenraum hämmern in rasendem Rhythmus zwei zehnzylindrige Verbrennungsmotoren. Die Kraft ihrer Explosionswellen schleudert sie in die wirbelnden Kurkwellen, mit glühendem Atem tragen die verbrannten Gase zur Auspufföffnung hinaus, aber die Wut der unaufhörlichen Verbrennungen bleibt in den Zylindern und teilt sich der ganzen Kriechenden, schlämmt; dazu kommt das nasse Zeug, mit dem die Wachhabenden vom Turm kommen und das mir das ganze Boot verpestet.

Man kann sich gar keinen Begriff machen von der Atmosphäre die so allmählich entsteht; von der Höhenspannung, die in den Booten breitet. Wir hatten im Golfstrom eine Außentemperatur von 28 Grad Celsius. So warm war schon das uns umgebende Wasser. Frische Luft kommt nicht mehr herein, und im Maschinenraum hämmern in rasendem Rhythmus zwei zehnzylindrige Verbrennungsmotoren. Die Kraft ihrer Explosionswellen schleudert sie in die wirbelnden Kurkwellen, mit glühendem Atem tragen die verbrannten Gase zur Auspufföffnung hinaus, aber die Wut der unaufhörlichen Verbrennungen bleibt in den Zylindern und teilt sich der ganzen Kriechenden, schlämmt; dazu kommt das nasse Zeug, mit dem die Wachhabenden vom Turm kommen und das mir das ganze Boot verpestet.

Fahl wie Erlösung scheint es, wenn die acht Stunden Ruhe vorüber sind und die neue Wache in die Zentrale oder in die Maschine rast. Nun aber geht das Marathrium erst an. Nur mit Unterhand und Hose bekleidet sitzen die Leute auf ihren Posten, um die Stimme zu rufen und gebunden, daß den rinnenden Schweiß von den Augen fernhalten soll. Das Blut glüht und röhrt in den Schläfen, wie Fieber, und in einer solchen Hölle leiden und arbeiten Menschen. Stöhnen und wälzen sich die nächsten Stunden, um einer gerade daran war, in ein dumpfes Hindemissen zu versinken, dann wechselt ihn der Sturm unaufhörlich in die Augen zinnende Schweiß zu neuer Qual.

Aber wie lange noch wird das auszuhalten sein? Ich habe in jenen Tagen kein Tagebuch mehr geführt und finde nur die Aussichtnung: "Höher darf die Temperatur nicht mehr steigen, wenn es keine im Maschinenraum noch aushalten sollen." Aber sie haben es es zu aushalten, sie bleiben aufrecht wie Helden, sie lassen ihren Dienst erschöpft, glühend und schwärzlich und verhindern, bis das Sturmzentrum hinter

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Die hohen Sprengstoffkosten

erregen in der Bergarbeiterchaft große Unzufriedenheit. Der breiten Öffentlichkeit ist zu wenig bekannt, daß die mit Schießmaterial arbeitenden Bergarbeiter in den meisten Bezirken die verbrauchten Sprengstoffe, Bündschüsse usw. selbst bezahlen müssen. Jwarz soll das Material „zu Selbstkostenpreisen“ an die Kameradschaften abgegeben werden und wir können nicht beweisen, daß es nicht geschieht. Aber es ist Tatsache, daß die Lohnabzüge für Sprengmaterial heute ganz bedeutend höhere sind als vor dem Kriege und es ist weiter Tatsache, daß dementsprechend die Gedingsätze nicht erhöht wurden! Uns sind Fälle mitgeteilt, wo für dasselbe Quantum Sprengmaterial jetzt mehr als doppelt soviel wie vor dem Kriege vom Lohn abgezogen wird.

Allerdings sind die Einkaufspreise für Sprengmaterial auch bedeutend gestiegen, aber war das absolut nötig? Wer profitiert von dieser enormen Preistreiberei? Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 284) bringt eine Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse von 18 der namhaftesten deutschen Sprengstofffabriken. Danach betrugen für diese Fabriken zusammen die

	1913 (1913/14)	1914 (1914/15)	1915 (1915/16)
	in tausend Mark		
Reingewinne	10 583	10 787	44 980
Abstellungen	682	2 119	17 831
Dividende, Bonus usw.	5 716	12 724	20 870
vom N.R.	11,2%	14,2%	22,75%

Witthin hat sich der N.R. nun von fast 10,6 Millionen Mark im Jahre 1913 (oder 1914) über 44,9 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahr gehoben, mehr als eine Verdopplung des reinen Fabrikatgewinns! Da sieht man, wer von der enormen Erhöhung der Sprengstoffpreise profitiert. Sollten da nicht längst amtliche Höchstpreise festgesetzt worden sein, damit wenigstens der bergmännische Sprengstoffverbrauch nicht so sehr verteuert wäre? Die Arbeiter müssten die sehr erhöhte Preise zahlen, der Bergmann muß zusehen, wie er die viel höheren Lohnabzüge durch stärkeres Abschinden in der Gedingearbeit möglichst herausschlägt. Das ist ein unhaltbares Zustand.

Die Werkverwaltungen sind doch in der Lage, mäßige Einkäufe und Abgabepreise für Sprengmaterialien zu vereinbaren. Denn in den hauptsächlichsten Sprengstofffabriken kommandieren ja dieselben Herren, die auch im Bergbau den Ton angeben! Unter den maßgebenden Aufsichts- und Verwaltungsräten der Sprengstofffabriken befinden sich, zum Teil mehrfach, die Namen: Emil Aerdorf (Gelsenkirchener B.G.), Justizrat Esser (Gelsenkirchen, Gußstahl-Wilzen usw.), Vize-Admiral a. D. Gack (Krupp), Hugo Stünnes, Bergrat Kleine (Gelsenkirchen, Gottesegegen), Bergrat Lindner (Hibernia), Bergrat Voßelang (Mansfeld), R. v. Waldhausen (Westfälischer Grubenbesitzer), Bergverwaltung Liebrich (Concordia-Oberhausen), Bergrat Gilger (Laurahütte), Bergrat Williger (Mallnowitz), Baurat Beulenberg (Phoenix-Mührtal), Funke (Westf., Grubensitzer), Justizrat Carp (Guthoffnungshütte-Oberhausen), Bergrat Othberg (Schweizer W.-V.), R. M. Müller (Harpen) usw.

Die führenden Bergwerksunternehmer sind also gleichzeitig die Besitzer der Sprengstofffabriken! Das muß man bedenken und man weiß dann auch, wie unhaltbar das schicke Verschärfen ist, den notleidenden Arbeitern enorm erhöhte Sprengstoffpreise anzumachen, die doch nur dazu dienen, die hohe Dividende der Bergwerks- und Sprengstofffabrikbesitzer noch weiter zu erhöhen.

## Aus den Unternehmerverbänden.

### Wie der „Standpunkt möglichster Solidarität“ von Unternehmern verstanden wird.

Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, berichtet über unerhörte Angriffe auf das Abstimmungsrecht der Angestellten von seiten großer industrieller Unternehmer. Sie schreibt unter anderem:

„Die Anerkennung, die den Bergarbeiterverbänden im Verlaufe des Krieges von den Regierungsstellen immer wieder ausgesprochen worden ist, hindert gewiss Unternehmer nicht daran, auch jetzt den Kampf gegen die Organisationen der technischen Angestellten fortzuführen. So hält es die Guthoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Oberhausen (Rheinland), für nötig, jedem Stellenbewerber den folgenden Fragebogen vorzulegen:

1. Wann sind Sie geboren?
2. Sind Sie verheiratet; wenn ja, haben Sie Kinder und wieviel?
3. Sind Sie vollkommen gesund? bezw. welche körperlichen Fehler haben Sie?
4. Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie?
5. Wie sind Ihre Militärverhältnisse?
6. Welcher Kirchengemeinschaft gehören Sie an?
7. Wann spätestens kann Ihr Eintritt erfolgen?
8. Welches Geschäft beanspruchen Sie?
9. a) Sind Sie Mitglied des Bundes techn.-industrieller Beamten?
- b) Sind Sie Mitglied des Deutschen Techniker-Verbandes?
10. Kurze Angabe des Bildungsstandes mit Bezeichnung, welche Schulen und bis zu welcher Stufe besucht sind.

Neben den anderen überflüssigen Fragen gab vor allem Frage 9 dem B. i. B. und dem D. T. V. Veranlassung, sich in einem gemeinsamen Schreiben an die Guthoffnungshütte zu wenden und die Streichung der Frage 9 zu erbitten. Es schuf einer besonderen Auffassung von Auslandspflicht zu entsprechen, daß die Direktion auf dieses Schreiben, wie auf ein folgendes Mahnschreiben überhaupt nicht geantwortet hat.

Da wir nur immer noch nicht einzusehen können, daß die berufliche Brauchbarkeit eines Angestellten in irgend welchem Zusammenhang mit seiner Organisationszugehörigkeit stehen soll, so konnte auf die weitere Verfolgung der Angelegenheit nicht verzichtet werden. Der B. i. B. hat sich deshalb in Gemeinschaft mit dem D. T. V. an das zuständige Generalkommando gewandt, um die Firma von dieser Stelle aus zur Wahrung des Koalitionsrechtes zu veranlassen. (Auf die Wehrmacht der beiden Technikerverbände vom 18. August ist vom Generalkommando mitgeteilt worden, daß nach den getroffenen Erhebungen von der Guthoffnungshütte in Oberhausen ein Fragebogen, in dem u. a. auch die Organisationszugehörigkeit der Bewerber festgestellt werden soll, seit Monaten nicht mehr benötigt wird.“ D. M.)

Die Luftfahrt-Gesellschaft m. b. H., Adlerhof bei Berlin, glaubt sogar berechtigt zu sein, Angestellte, die von ihrem Koalitionsverbund Gebrauch machen, mit besonderen Geldstrafen belegen zu können. In einem Anstellungsbrief für einen Ingenieur finden wir folgenden Passus:

„Sie verpflichten sich bei einer Strafe von 100,- Mark (in Werten Einshundert Mark) für jeden Einzelfall sich jeder Werbetätigkeit für Technikervereinigungen und dergleichen zu enthalten.“

„Ein Mahnmur zur ungrenz Einigkeit“, überschreitet sich ein Aufruf im wirtschaftsfriedlichen „Werkverein“ (Nr. 41 vom 7. Oktober 1916), der auch von dem Generaldirektor der Guthoffnungshütte, Kommerzienrat Dr. ing. h. c. Neusch. Oberhausen unterschrieben ist und worin es u. a. heißt:

„Es gilt, die Beziehungen zwischen der deutschen Unternehmer-chaft und ihren Arbeitern, Gelehrten und sonstigen Angestellten auf denjenigen Standpunkt zu bringen, der im Interesse der nationalen Wirtschaft, der sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung als der einzige wünschenswerte gelten kann, auf den Standpunkt möglicher Solidarität!“

Die Herr Generaldirektor Neusch. „den Standpunkt möglichster Solidarität“ versteht, ergibt sich mit aller Stärke aus dem Bericht der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“. So verstehen ihn aber auch noch andere Unterzeichner des Aufrufs, z. B. Herr General-

direktor Reinhardt, Schloß Waldenburg i. Schl., Bergverwaltungsdirektor Ludwig, Gießen, Bergverwaltungsdirektor Stens, Mühlheim u. a. So versteht ihn auch der Deutsche Braunkohlenindustrieverein, der in seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1916/17 (siehe Nr. 42 der „Bergarbeiter-Zeitung“ von 1916) lebhaften Anteil darum nimmt, daß im Reichstage und in der gewerkschaftlichen Presse

... zielvolln darauf hingearbeitet wird, den Arbeitern in ihrer Gemeinschaft, im besonderen auch ihren Verbänden, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen zu verschaffen. ... Nach allem ist nach dem Kriege mit schwierigen Arbeitsverhältnissen zu rechnen; nicht wirtschaftsstrukturell, sondern Seitenlebhafter Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen gehen wir entgegen. Denn trotz alter Anerkennung der Verdienste und des vaterländischen Verhaltens der Arbeiter in Deutschlands schwerer Zeit wird es notwendig sein, den so vielfach falsch beurteilten Herrn-im-Hause-Standpunkt zu verteidigen. Unter diesen Umständen lag es nahe, daß man in Regierung und Arbeitgeberkreisen dem Gedanken der Förderung der nationalen Arbeiterbewegung, die sich ja vor Ausbruch des Krieges in erfreulicher Entwicklung befand, nähergetreten ist.“

Die Ausschusssitzungen des Braunkohlenindustrievereins nennen die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 41 vom 8. Oktober 1916) „eine bedeutende Kundgebung“ und bewertet dazu u. a.:

„Es ist sehr angebracht, daß hier einmal ohne alle sentimentale Mütsicht (die Sentimentalität sollte wir in wohl verlernt haben!) wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ zur Parole erhoben worden ist.“

Also nicht einmal ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen soll den Arbeitern zugestanden, sondern „ohne alle sentimentale Mütsicht wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem Herrn-im-Hause-Standpunkt zur Parole erhoben“ werden. So wird der „Standpunkt möglichster Solidarität“ von Unternehmern verstanden. Und um „ohne alle sentimentale Mütsicht wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem Herrn-im-Hause-Standpunkt zur Parole“ erheben zu können, wird „dem Gedanken der Förderung der nationalen Arbeiterbewegung nähergetreten“. Das ist zwar nichts Neues, kann aber vielleicht doch dazu dienen, manchem harmonieduseligen Arbeiter die Augen zu öffnen.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Eine grobe Selbsttäuschung — Erwiderung.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ nimmt in Nr. 43 Stellung gegen einige Sätze, die ich in einem Artikel in Nr. 28 der „Glocke“ geschrieben habe und sagt, daß sie dazu zu ihrem Gedanken gehörig war. Um so mehr hätte ich erwartet, daß sie wenigstens den Sinn meines Artikels angegeben hätte, anstatt mir eine Stelle herauszugreifen und in einer Form zu kommentieren, daß jeder, der meinen Artikel nicht gelesen hat, daraus schließen wird, ich habe einen Artikel für Annexionsen geschrieben, befände mich im Lager der Annexionsisten, während ich in Wirklichkeit in dem Artikel für Ausbildung der ganzen Annexionsfrage aus dem Parteiwahlkreis eintrete, für eine Frage, die in E. unseres Verbands nicht berührte.

Ich habe von Anbeginn des Krieges den Standpunkt vertreten, man solle von Organisationswegen weder für noch gegen Annexionsen Stellung nehmen, wenigstens nicht, solange noch keine militärische Entscheidung gefallen ist, und diesen Standpunkt vertrete ich in dem Artikel, wo ich gleich zu Anfang sage:

„Solange die Kriegslage noch völlig unentschieden ist, solange noch kein Mensch mit Bestimmtheit voraussagen kann, wohin die Kriegswage sich lenkt wird, solange ist es nicht nur unhöflich, sondern schädlich, für oder gegen Annexionsen zu reden oder zu petitionieren. Das Annexieren hängt nicht allein vom Willen, sondern vielmehr noch vom Können ab und die gegenwärtige Kriegslage... gestattet es nicht, mit einiger Gewissheit das Endergebnis des Krieges zu prophezeien.“

Der Artikel hat also mit der Annexionsfrage als solche gar nichts zu schaffen, nimmt weder für noch gegen diese Frage Stellung, sondern lediglich gegen die zwecklosen und völlig verfrühten Streitereien innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Dabei bin ich der nach meiner Überzeugung durchaus fälschlich Annexionen eingegangenen, als seien die sozialdemokratischen Arbeiter grundsätzlich Gegner jeder Annexion und habe, gestützt auf hundertfache Erfahrungen und Mitteilungen, behauptet, daß bei einem siegreichen Deutschland — denn nur ein Siegerreiches Deutschland könnte annexieren — fast alle Arbeiter ohne Ausnahmen seien. Mich dabei auf den Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu rufen, sagt keiner Veranlassung und auch gar kein Grund vor. Die Annexionsfrage wie der ganze Streit um das Für und Wider ist keine Gewerkschaftsfrage, sondern eine Staatsfrage, die dazu weder mit Sozialismus noch mit Demokratie das mindeste gemein hat. Meine Behauptung muß ich trotz der Entgegnung der „Bergarbeiter-Zeitung“ solange aufrecht erhalten, bis sie den Gegenbeweis führt und mich einer groben Selbsttäuschung überführt.

„Bei einem Siegerreichen Deutschland würden“, habe ich geschrieben, „sofern Annexionen von der Urabstimmung unserer Partei-Mitglieder abhingen, sicherlich 90 Prozent für Annexion stimmen, die aus dem Felde Zurückgesetzten wohl reagieren.“ Diese Urabstimmung nehmen man nach einem deutschen Sieg vor und erst wenn das Resultat vorliegt, läßt sich feststellen und beweisen, wer sich in grober Selbsttäuschung befindet.

Johann Leimpeters.

Es war zu erwarten, daß Kamerad Leimpeters auf unsere Feststellung seiner groben Selbsttäuschung erwidern würde. Auch was wir von ihm zu hören bekommen, kommt mir ungefähr denken. Er gerät von einer Selbsttäuschung in die andere. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir es uns verigen, gegen die Ausführungen unseres Kameraden Leimpeters in der „Glocke“ zu protestieren, bedauern, daß wir überhaupt genötigt seien, gegen ihn hier eine Stellung zu nehmen. Aber das er behauptet hat:

„Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren und fast alle ohne Ausnahme sind — Annexionisten!“ —

so war es unser Macht und unsere Pflicht, diese Behauptung auf ihren wirklichen Wert zurückzuführen. Mit keinem Wort ist in der „Bergarbeiter-Zeitung“ gesagt worden, Leimpeters sei ein Annexionist, wir halten es darum auch nicht nötig, auf manche andere, auch sehr anfechtbare, Stellen in seinem Artikel einzugehen; ja, wir haben es sorgfältig vermieden, um nicht noch mehr gegen die Meinungen unseres Kameraden Leimpeters posizieren zu müssen. Indessen ist sein einiges Verhältnis zum Bergarbeiterverband bekannt, sein föderaler Verlehr als jüngerer Verbands-Nebenzirkelsekretär vollzog sich so gut wie fast nie mit Verbandsmitgliedern, infolgedessen mußte seine Behauptung, „fast alle Genossen in Schacht und Hütte“ seien „Annexionisten“, in der Öffentlichkeit zu falschen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Ansichten im Bergarbeiterverbande verleiten. Dem nur sind wir entgegengestellt; wir haben damit die Frage aus dem Parteiwahlkreis behandelt, sondern eine allgemeine Volksangelegenheit, die in unserer Annexionsausschüttung (Hannover) in Anwesenheit des Kameraden Leimpeters, ohne daß er den Einwand der Neutralitätsverlehrung erhob, besprochen und mit Einstimme im Sinne unseres stetigen Verbandswährend der ganzen Kriegsdauer entschieden worden ist. Die Begründung für dieses Verhalten, das sich, wie gesagt, weder durch Stimmenzusammenstellung noch durch Rechtsurteile bestätigt, haben wir in der Bergarbeiter-Zeitung gegeben. Daß wir gut davon getan haben, Leimpeters Meinung als eine grobe Selbsttäuschung zu bezeichnen, dürfte auch ihm klar werden, wenn er nun einmal sieht, wie verzerrt sein Artikel von der Annexionsfrage ausgenutzt wird.

Nur eine solche Praktik sei zitiert: Das alldt. „Neue Tageblatt“ in Waldenburg (Sachsen), Nummer vom Mittwoch, den 18. Oktober, tut eben das, was Leimpeters selbst nicht gewollt hat: Das Blatt läßt ihn mindestens als heimlicher Befürworter von An-

teisionen auftreten. Er hat sie zwar nicht befürwortet, aber er mußte sich sagen, daß gerade die Art, wie er die brenzlige Angelegenheit behandelt hat, von „gewisser Seite“ im alldt. ansehnlichsten Sinne ausgeschlagen werden würde. Es wäre also für die von Leimpeters vertretene Sache wirklich besser gewesen, wenn er den Artikel nicht geschrieben hätte. Nachdem es aber geschehen, kann er es uns nicht zumuten, daß wir Vogelstraßepolitik treiben. Wir könnten es sehr charakteristische Worte und mündliche Erklärungen von Verbandsvertretern, die noch sehr viel mehr wie Leimpeters vertraten, unmöglich mit den Genossen in Schacht und Hütte zusammenkommen, mitspielen, aus denen nichts als rücksichtlose Auskunft zu unserer Notiz: „Große Selbsttäuschung“ hervorgeht. Wir begreifen den Kameraden Leimpeters einfach nicht, daß er nicht anerkennt, er habe Einzelerscheinungen so falsch verallgemeinert. Auch die entschieden zur Politik des 4. August stehende Dorfmunder „Arbeiterzeitung“ (20. Oktober) bekräftigt die Ausschreibungen Leimpeters und erklärt, sie wisse, daß die Genossen in unserem Bezirk wohl einstimmig auf dem Standpunkt stehen, den auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ vertreibt.

### Wolff Horstier †.

Wieder ist ein braver Münzmeister in das Schattenreich eingegangen, der es verdient, daß an dieser Stelle seiner ehrend gedacht wird. Adolf Horstier ist in seiner Heimatstadt Köln, die er seit 1912 im Reichstag vertreten, gerade an dem Tage gestorben, an welchem er sein 50. Lebensjahr vollzog. Ein Leben voll Mühen und Leid, voll Hingabe für die Interessen des arbeitenden Volkes ist nun abgeschlossen. Adolf Horstier war von Beruf Metallarbeiter, war zwar niemals Mitglied des Bergarbeiterverbandes, hat aber doch für die Ausbreitung unseres Verbandes auf der linken Rheinseite opferwillig und tapferkämpfend mitgewirkt, als es unserer Organisationen Kräfte sehr mangelte. Damals feierte der Schuh seit 1881 der modernen Arbeitersbewegung angehörende, zu den ältesten freigewerkschaftlichen Pionieren Rheinland-Westfalens zahlreiche Horstierer, so oft er den Bezirk aufsuchte, auch die Wurz. Ehemaliger Bergarbeiter an, sich zu organisieren im Bergarbeiterverbande. Wichtige Adressen und Berichte über die sozialen Zustände in den rheinischen Bergwerksbezirken übermittelten uns Horstier. Er ließ seine Freiheit vorübergehen, wo er dort der Bergarbeiterorganisation nutzen konnte. Er war es auch, der 1895 zwecks Aufstellung des Reichsverfassungsgesetzes seinen Kameraden Schröder, Medailleur der „Rheinischen Zeitung“, provozierte. In diesem Prozeß kam es schon zu Entwicklungen, die die „Weineidurteil“ äußerst feindselig beleuchteten. Die erst 1911 erfolgte gerichtliche Entlastung des Schuhmünsters war sehr kurz vorher selbst getötet) war auch eine persönliche Ernennung Horstiers. Als Arbeitersekretär, Medailleur, Vorsteher und als Reichsverfassungsgesetz mitglied war er nun Verantwortungsvoll seinen Mann geblieben, aufrecht, vorwärts, nicht faul. Darum folgt ihm die ehrende Achtung aller Menschen, die ihn näher kannten, in das Grab. Welcher Hochachtung sich Horstier auch in den Kreisen seiner politischen Gegner erfreute, beweist folgendes Schreiben des stadtölbigen Oberbürgermeisters an die Witwe unseres Freunden:

„Sehr geehrte Frau Horstier!“

Heute Abend von letzter Reise zurückgekehrt, finde ich die Nachricht von dem Tode Ihres Herrn Gemahls. Ich bitte mich, zu diesem schweren Schicksalsschlag Ihnen und den Ihrigen mein aufrichtigstes Beileid auszusprechen. Besonders während der Kriegszeit habe ich Ihnen Herrn Gemahl kennen und schätzen gern. Seine treue und hingebende Mitarbeit in der Kriegsfürsorge der Stadt verdiente lobenswerte Dank. Auch ich werde das Andenken des Verstorbenen treu in Ehren halten.“

In herzlichem Mitgefühl

Max Wallraf, Oberbürgermeister.“

Ein guter Mensch und tapferer Volksfreund ist nicht mehr. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden von allen, die es ehrlieb mit der Volkssozietät meinen.

### Annahme der Frauenarbeit.

Einen interessanten Überblick über die Entwicklung der Frauenarbeit während des Krieges finden wir in der letzten Nummer des „Reichs-Arbeitsblattes“. Die Statistik lehnt sich auf den allmon

### Bolksauswüchserung in England.

Im englischen Parlament forderte der Abg. Barnes namens der Arbeiterpartei Einschreiten gegen den Lebensmittelvorrat. Die Regierung habe so sehr gegöttert, daß ihre Maßnahmen zum großen Teil ihre Wirkung verloren. Die Kriegswinnde auf Kosten der Armen hätten die meiste Erbitterung hergerufen. Der Redner verlangte amtliche Preistreue und Sicherstellung der Milchzufuhr. Er erkannte das Vorgehen eines Bauernvereins, der selnen Mitgliedern riet, lieber die Milch an die Schweine zu versütern als billig zu verkaufen. Ein Bauer im Osten habe täglich 130 Liter Milch auslaufen lassen, statt abzugeben. Solche Fälle müßten strafbar sein. — Sind das nicht just dieselben klagen, die wir auch in Deutschland erheben müssen? „Die Welt ist vollkommen überall, wo der Kapitalismus nicht kommt mit seiner Profitjagd.“ Mag in Großbritannien der Mensch kommen von der Habsburger der Reichen und der Dummheit der Armen her. Wenn auch nicht ganz genau stimmt, unrichtig ist es nicht.

### Kriegerarbeit der deutschen Sozialdemokratie.

Einem Besucher erklärte der Chefredakteur des Kopenhagener „Sozialdemokraten“, Borgberg:

„Ja, wir arbeiten fortwährend, um den Frieden vorzubereiten, aber dazu ist in erster Weise erforderlich, daß die Sozialdemokratie der kriegsführenden Staaten sich dazu bereit erklären, für den Frieden etwas zu tun. Wir haben mit Freuden festgestellt, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser Hinsicht wirklich sozialistisch denkt, sie hat ihren Willen zu einem Frieden bereits erklärt. Ganz anders leider ist das bei den Franzosen. Wenn auch mit einer starken Minorität, so haben doch die französischen Sozialdemokratien sich für den Krieg erklärt. Mit den deutschen Sozialdemokratien stehen wir überhaupt in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis, was ich von den englischen und französischen Sozialdemokratien nicht immer sagen kann; in England und Frankreich werden unsere Mitglieder sehr selten aufgenommen.“

### Knappelschärfliches.

#### Verhmelzung des Hostenbacher und Saarbrücker Knappelschärfver eins.

Die Generalversammlungen der beiden Knappelschärfvereine haben die Verschmelzung des Hostenbacher mit dem Saarbrücker Knappelschärfverein mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. zugestimmt. Die am 1. Okt. vorhandenen aktiven Mitglieder des Hostenbacher Knappelschärfvereins werden mit ihrem bis dahin erworbenen Dienstalter Mitglieder der Pensionsklasse des Saarbrücker Knappelschärfvereins. Alle vor dieser Zeit aus dem Hostenbacher Knappelschärfverein ausgechiedenen Mitglieder werden nach dessen Zusammensetzung behandelt. Nur denjenigen, die nach dem 1. März 1916 berufsunfähig werden, wird nach einer Busage das Wartergeld gewährt. Die übernommenen aktiven Mitglieder des Hostenbacher Knappelschärfvereins erhalten also bei eintretender Berufsunfähigkeit das Wartergeld ebenfalls. Außerdem sollen sie das Recht auf Beihilfe zu den Kosten des Kriegsunterrichts haben, wie die Mitglieder des Saarbrücker Knappelschärfvereins. Auch bestimmt die Sonderanftalt des Saarbrücker Knappelschärfvereins die reichsgesetzliche Versicherung der Mitglieder. Die der Angestelltenversicherung unterliegenden Beamten scheiden aus der Reichsversicherungsanstalt aus und treten der Erfaktkasse des Saarbrücker Knappelschärfvereins bei. Nur die Kranenkasse des Hostenbacher Knappelschärfvereins bleibt als Knappelschärfliche Kranenkasse Hostenbach weiter bestehen. Die Pensionskassenbeiträge des Saarbrücker Knappelschärfvereins werden um 24 Pf. wöchentlich auf 1,78 Pf. erhöht. Zudem zahlen die übernommenen Mitglieder des Hostenbacher Knappelschärfvereins einen Zuschlag von 20 Pf. wöchentlich auf die Dauer von 10 Jahren. Der Jahresbeitrag der Mitglieder des Saarbrücker Knappelschärfvereins steigt sich von 77,48 auf 90,00 Pf., der der übernommenen Mitglieder des Hostenbacher Knappelschärfvereins von 90,80 auf 100,46 Pf.

### Militärstande auf den Gruben.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehr König Ludwig IV und V. Von hier wird uns mitgeteilt, daß der Steiger Altenhöher am 11. Oktober einen 17-jährigen Jungen so geschlagen hat, daß dieser ausfuhr und sich in ärztliche Behandlung legte. Schon am 7. Dezember 1915 sagte der Minister für Handel und Gewerbe den Vertretern der vier Bergarbeiterorganisationen auf ihre Klagen über ungütige Behandlung der Arbeiter, aufkundend bis zu fälliger Richtigstellung, es sei Absicht der obersten Bergbehörde, den schuldigen Beamten die Beamtenqualifikation zu entziehen. Wenn sich im vorliegenden Fall die uns gemachten Anzeigen bewahrheiten, wäre es erforderlich, die Absicht der obersten Bergbehörde hier in die Tat umzusetzen.

Sehr Nordstern III und IV. Nach der Berggeierzelle von 1905 durften Bergarbeiter wegen unbefristetmäßiger Kostentfernung im Monat höchstens mit 5 Mark bestraft werden. Wie andere Gesetze, so wird auch dieses von Werksbesitzern gatt übertragen. Biederkohl mußte sich von anderen Zeichen hierzu berichten. Auch die Verwaltung der Seche Nordstern lehrt sich an diese Vorschrift nicht; und die 5 Mark soll (wegen Mindermaß usw.), so erhielt sie den Befehl, die Wagen voll zu laden. Kommen die Wagen dann nicht „ganz voll“ zu Tage an, so hagelt es hohe Strafen „wegen Nichtausfüllung eines gegebenen Beschlusses“. Auf diese Art werden dann den Arbeitern 7-8 Mark im Monat für Strafen wegen Mindermaß am Lohn abgezehnt. Ein alter, widerwärtiger Zustand ist es, daß die Arbeiter dafür verantwortlich sein sollen, daß der Wagen voll oben am Tage ankommt. Welcher Richter würde eine Milchhändler wegen Minderzumessung bestrafen, wenn das Kind, welches die Milch in einer Kanne hatte, nach Stundenlangem Wege das bestellte Quantum nicht mehr hätte? Was könnte unterwegs mit dem Gefäß alles passiert sein! Genau so aber ist es auch mit den Kohlenwagen in den Grube. Hier kommt sogar noch ein anderer Umstand in Frage, welcher allein schon, ohne den weiten Transport, die Arbeiter schuldlos macht. Die Hölzer in den niedrigen Streden, wo meist doch nur der glatte Wagentiefen darunter hergeht, streichen jede aufgehäuhte Kohle ab. Auf dem weiten Transport in Bergen und Streden werden die Wagen fast vollständig durcheinander geworfen, und da soll der Arbeiter dafür verantwortlich sein, daß die Wagen vollgehäuft oben ankommen? Hier gibt es gar nichts zu widerlegen, aber das verucht man auch nicht; es heißt einfach: wir bestimmen das ja, und wer das nicht kann, wird bestraft! Schnell erinnert man noch den Bergmann an das Berggewerbege richt, als wenn es das Schätzjahr der Seche wäre. Ob man diese Un gerechtigkeit dann verwirgen will? Auch wird allenfalls über das Unterlohn des Wagenschmiedens gefragt. Die Wagen sind kaum fortzubewegen.

Sehr Provinz I. Von hier geht uns eine Beschwerde zu über die Unmöglichkeit des Rechnungsführers einer Kriegszeit gegenüber, die 2 Mark nach ihrer Ansicht zu wenig gezahlten Lohn restimmierte. Der Steiger hatte den Rechnungsführer herausgefunden und der Frau gesagt, sie solle sich nur an den Rechnungsführer wenden. Auf die höfliche Bitte, einmal nachzuhören, ob der Lohn stimme, schob der Rechnungsführer der Frau das vorgereichte Lohnbuch zurück mit der Bemerkung: „Es stimmt!“ und knippte das Schalter zu. Nach Ansicht der Frau stimmt es aber nicht, modern es fehlen 2 Mark. Einwas mehr Höflichkeit hätte da innerlich nicht schaden können.

Sehr Rhein I und II. Uns wird von hier berichtet, daß der Steiger Beder am 22. September einen 15-jährigen Jungen geschüttelt, geschlagen und getreten hat. Wenn sich das bewahrheitet, muß der schuldige Steiger so behandelt werden, wie es der Minister schon am 7. Dezember 1915 in Aussicht gestellt hat.

Sehr Westfälischer Sohn. Von hier wird uns mitgeteilt, daß schon längere Zeit Treibstoff, Kohlen, Beile, Taschen usw. fehlen und auch manches andere nicht zu haben ist. Dadurch werden doch beide Teile benachteiligt und man mag sich daher wundern, daß die Westfälische noch nicht behoben wurde. Über die unregelmäßige Verteilung der Zufahrt-Brotmarken werden ebenfalls Beschwerden geführt. Verschiedene Arbeiter hätten schon längere Zeit keine Zufahrt-Brotmarken erhalten, andere erhielten dieselben im voraus. Wir können dazu nur sagen, daß an solchen Verhältnissen nicht nur die Leitung, sondern auch die Arbeiter schuld sind, die alles hinnehmen und höchstens nur die Faust in der Tasche halten? Warum werden man sich übrigens nicht an den Arbeiterausschuß? Der Arbeiterausschuß ist doch dazu da, Wünsche

und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis der Verwaltung zu bringen und auf Abhilfe zu drängen!

Sehr Wallony. Über den Holzmeister Fr. werden hier recht lebhafte Beschwerden geführt, besonders wegen seiner Unangemessenheiten. Alle Dose, Sau, Laps, grüner Junge und ähnliche Bezeichnungen spielen in seinem Sprachraum eine große Rolle. Beschwerden hierüber hatten bisher nicht den gewünschten Erfolg, weshalb sich die in Mittelschicht gezogenen Arbeiter jetzt an uns wenden. Wir sind der Meinung, daß ein Mann, der über einen solchen Sprachdruck verfügt, sich zum Vorgesetzten der Arbeiter wenig eignet. Allerdings wollen es die unorganisierten Arbeiter ja auch nicht besser haben, sonst hätten sie sich längst unserem Verbande angeschlossen. Wie man sich betet, so schläft man; wer nicht hören will, muß fühlen.

Sehr Westerholt (Westfälische Schachtanlage). Am 14. Oktober, als morgens bei der Deuteförderung der größte Teil der Belegschaft angesprochen war, gab es bei den leichten Räben auf einmal ein Dröhnen, ein jeder wollte noch mit dem Korb anfahren. Der Anschläger Bodelkamp suchte die Ordnung in der Welle herzustellen, das er mit einer Eisenstange zwischen die Leute auf dem Korb einschlug. Das Ende vom Ende war, daß zwei Arbeiter, die als ruhig bekannt sind, gestrichen wurden und ohne sie zu hören und mit ihnen zu verhandeln die Papiere erhielten. Im Interesse des Unternehmens zwischen Belegschaft und Verwaltung fragen wir: War Bodelkamp dazu berechtigt, mit der Eisenstange zwischen die Leute zu schlagen? Warum wurde der Sachverhalt nicht richtig aufgeklärt und mit gleichem Maße ge- mischen?

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Friedrich Otter †.

Unser langjähriger Verbandskamerad Friedrich Otter in Werne bei Langenbeck starb am 16. Oktober im 66. Lebensjahr. Seit dem 1. Januar 1888 war er ununterbrochen Mitglied unserer Zahlstelle Werne. In der Gewerkschaft hat er mehrere Amtier inne gehabt. 24 Jahre lang er das Amt als Knappelschärfleiter. Bei allen Arbeiten, wo es galt, die Interessen des Verbandes zu wahren, war Otter zur Stelle. Not und Entbehrung hat er auch dieshalb durchmachen müssen. Die Proletarierkrankheit, die er schon immer in sich fühlte, hat ihn aufs Krankenbett geworfen, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Wir werden dem dahingegangenen Kameraden ein treues Andenken bewahren.

### Der lebte Sohn.

Aus einem Antwortschreiben des preußischen Kriegsministeriums an den Reichstagsabgeordneten Gräberger geht hervor, daß im Bereich der preußischen Armee schon seit längerer Zeit Anträge von Familien, von denen schon mehrere Söhne oder Familienangehörige gefallen sind, den letzten noch lebenden Sohn oder Familienangehörigen nicht mehr an der vordersten Front zu verweben, soweit irgend möglich in wohlwollender Weise im Wege der Kommandierung oder Versehung Rechnung getragen werden ist. Eine dahingehende Anweisung sei auch allen militärischen Behörden im Felde zugegangen.

### Erkennliche Erfolge

Sommer der Bezirkssonferenz für Essen-Ost und -West von der Bezirksleitung mitgeteilt werden. Trotz Einberufung sehr vieler der Bezirksleitungen Vertrauensleute, auch der beiden Bezirksleiter, die durch Erfahrungskräfte notdürftig vertreten werden müssen, ist doch die Mitgliederwerbung gut vorwärts gegangen. Während in den ersten 9 Monaten des Vorjahrs nur 259 neue Mitglieder gewonnen wurden, sind in der gleichen Zeit dieses Jahres 889 gewesen. Die Mitgliederaufnahmen sind im 1. Q. Monat so erfreulich weiter gegangen, daß bis Jahresende mit wenigstens 1000 neuen Mitgliedern pro 1916 gerechnet werden darf. Ausstädte sind, fast alle wegen Beitragsrückstände, verhältnismäßig sehr wenige erfolgt, dagegen entziehen und die militärischen Einberufungen immer noch ziemlich viele Mitglieder. Die Abrechnung mit der Hauptklasse ergab für die Bezirke im 2. Quartal 1915: 18.807,10, im 2. Quartal 1916: 21.466,80 Pf. Das Bezirksvermögen betrug für Essen-Ost Ende Juli 7096,25 Pf., für Essen-West am 16. August 7416,50 Pf. 15.504,80 Pf. sind beim Konsumverein „Eintracht“ einstragend angelegt. Die Bezirksleitung teilsamt mit, daß der Sohn pro geboren gegen 800 Pf. die Mutter in einer alten Altenhofstraße vollständig gewonnen sei, die eingehauste Lehnsumme von rund 7500 Mark läme nun tödlich an die Verbandsmitglieder, in deren Namen unser Bezirksleiter gesetzt hat, zur Auszahlung. Die Konferenz sprach ihre Anerkennung für die Tätigkeit der Verbandsvertretung aus und mehrere Kameraden machten Mitteilungen über ihre Erfahrungen bei der Hausagitation. Die Erfahrungen seien in letzter Zeit recht gute. In den Versammlungen würden wenig Mitglieder gewonnen, die meisten seien bei der Hausagitation geholt worden. Daher sollte sie nun in allen Zahlstellen durchgeführt werden.

### Die erfreuliche Werbearbeit

im Bezirk Gladbeck, welche in den ersten beiden Vierteljahren gewendet werden konnte, hat auch im 3. Vierteljahr angehalten. Es erzielten Aufnahmen im 3. Vierteljahr: Beckhausen 29, Bottrop I 14, Bottrop II 34, Buer 79, Büsle 26, Butendorf 10, Brau 35, Dorsten 20, Erle I 22, Erle II 35, Eigen 66, Gladbeck I 55, Gladbeck II 30, Hörst 6, Horstermark 3, Hassel 93, Osterfeld 25, Riese 76, Scholven 71 und Brodel 81; zusammen also 769 Aufnahmen im Bezirk. Bei jüngsten Verhältnissen ein schöner Erfolg.

### Wirtschaftsfriedliche Verteilung rationierter Lebensmittel.

Auf unsere Beschwerde über die Verteilung rationierter Lebensmittel durch die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine an das Kriegs ernährungsamt erhielten wir folgende Antwort:

Berlin, den 13. Oktober 1916.

In den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, d. h. des Vorsitzenden Herrn Gaßje in Bochum.

In Verfolg meines Bescheides vom 21. August 1916 beehre ich mich ergebnis mitzuteilen, daß nach dem Ergebnis der ingwischen angestellten Ermittlungen die Werkvereine im allgemeinen an ihre Mitglieder Waren verkaufen, die im freien Handel zu haben waren. Es sind aber auch einzelne Fälle vorgekommen, in denen Werkvereine die örtlich bestehenden Vorschriften, nach denen bestimmte Waren nur gegen Lebensmittelmarken abgesetzt werden dürfen, nicht beachtet haben. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß in Zukunft solche Verstöße sich nicht wiederholen.

Es ist mitin amlich festgestellt, daß die Wirtschaftsfriedlichen zur Zeit der schwersten Not, die unser Volk bisher durchgemacht hat, auf Kosten der Gesamtheit zuerst an sich dachten. Der wirtschaftsfriedliche „Werlvverein“, Nr. 36 vom 2. September 1916, konnte es da noch über sich gewinnen, zu schreiben:

„Wir sehen der amtlichen Ermittlung mit Freude und Genugtuung entgegen, da die Haftlosigkeit und Leichtfertigkeit der Wirtschaftsfriedlichen Behauptungen so am besten nachgewiesen wird.“

Die Antwort des Kriegsernährungsamts zeigt, wie man die Wirtschaftsfriedlichen und ihr Organ, den „Werlvverein“, einzuschätzen hat.

### Südbadenland.

#### Brot, aber keine Fleischzulage.

Auf eine entsprechende Eingabe erhielt unser Bezirksleiter Kaiser zur Antwort:

„Kommunalverband Niesbach.

Miesbach, den 9. Oktober 1916.  
Zum Nachgang zu meinem Schreiben vom 2. September d. J. erhalten Sie anbei Abschrift einer Entschließung des Kgl. Staatsministeriums des Innern vom 4. d. J. zur gefälligen Kenntnisnahme. Ich möchte noch anfügen, daß ich die Gemeinden angewiesen habe, den schwerarbeitenden Bergarbeitern von der nächsten Brotkartenausgabe für einen halben Monat 2 graue und 1 Brotstück zu geben, so daß die schwerarbeitenden Bergarbeiter für je einen halben Monat nun 5400 Gramm Brot = 7200 Gramm Brot erhalten.“

gea: de Ruderer.

Die erwähnte Antwort des K. Staatsministeriums besagt:

„München, den 4. Oktober 1916.  
Der Herr Präsident des Kriegsernährungsamts hat auf den ihm zur Neuherung übermittelten Bericht erwidert, daß er keine Anordnungen getroffen habe, wonach den Bergarbeitern eine dauernde Fleischzulage über die durch die Verordnung vom 21. 8. 16 über die Regelung des Fleischverbrauchs festgesetzte Höchstmenge hinaus gewahrt werden soll.“

„G. A. Brand.“  
Es gibt also nur eine Brot-, aber keine Fleischzulage.

### Gegen die neue Sommerzeit

wandte sich auch unsere Zahlstelle in Hamm. Alle Verbandskameraden äußerten sich abschließend darüber; es sei eine Zeitungszeit für die Bergarbeiter gewesen, die hoffentlich nicht wiederkehrt.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 44. Woche (vom 22. bis 28. Okt. 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

**Verbandsmitglieder!** Werbt stets neue Mitglieder für den Verband! Führt die jetzt zahlreich auf den Werken beschäftigten Arbeiterrinnen und Jugendlichen unserem Verbande zu!

### Betrifft Kriegsunterstützung.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher der zum Heeresdienst eingerufenen Kameraden in Ordnung sein müssen, damit auch ihre Familien die Kriegsunterstützung gezahlt werden kann. Nach Ausbruch des Krieges waren restierende Beiträge entzuldbar, doch muß jetzt darauf geachtet werden, daß kein Kamerad mehr wie 8 Wochen im Rückstande ist, da sonst bei seiner Einziehung seine Familie die Kriegsunterstützung nicht erhalten kann.

### Rechtschutz betreffend.

#### Arbeitssekretariat Gelsenkirchen.

Wegen Einberufung des Arbeitssekretärs für den Bezirk Melle-Lingenhausen zum Heeresdienst ist es notwendig geworden, daß unser Sekretär die Rechtschutzerleichterung für Melle-Lingenhausen und Herne übernimmt und ist in unserem Arbeitssekretariat folgende Aenderung getroffen: Goßnet ist das Sekretariat von jetzt ab jeden Montag, Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags. Auskunft wird also nur in den angezeigten Stunden erteilt und mögliche ratifizierende Person dieses beachten. — Wegen der Übernahme der Rechtschutzerleichterung in Melle-Lingenhausen und Herne und der geringen Anspruchnahme der Sprechstunde in Wattenscheid mußte diese für die Kriegsdauer eingestellt werden. Die organisierten Mitglieder von Wattenscheid müssen sich mit dieser Zwangslage abfinden und in Bedürfnissfällen das Sekretariat in Gelsenkirchen, Luisenstraße 58, aufsuchen.

### Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Berghofen. Vom 1. bis 25. November.

Brambauer I. Vom 25. bis 30. Oktober.

Schönebeck. Vom 10. bis 30. November.

### Kranzpendemarke.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. geliefert